

# Kongressnotizen

23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft  
Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes und Beirates der DVPW

ifpol

## Plenum V

Quo vadis,  
Politikwissenschaft?

Seite 2

## Kommunikation

Skandale  
für die Auflage

Seite 4

## „Migranten sind keine Objekte“

Text: Jana Sinram

„Man kann Menschen verpflichten, sich an geltendes Recht zu halten, aber nicht, wie sie ihr Leben zu gestalten haben. Insofern würde ich den Begriff ‚Pflicht zur Integration‘ lieber nicht verwenden.“

Der Einschätzung von Marion Gierden-Jülich, Staatssekretärin

im Ministerium für Generationen,

Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, schloss sich Dietrich Thränhardt im Gespräch beim AK „Migration“ an. „Wir sollten den Pflichtbegriff lieber aus der Diskussion herausnehmen und eher von einer Notwendigkeit zur Integration sprechen“, so Thränhardt. Insgesamt gab es wenig Streitpotential in der Diskussion zwischen dem Münsteraner Politikwissenschaftler und der Staatssekretärin, die kurzfristig für

Integrationsminister Armin Laschet „Ich bin überwältigt“ eingesprungen war. Insgesamt halte er das im Juni verabschiedete Integrationspaket der Landesregierung für gelungen, sagte Thränhardt. Besonders die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sei wichtig: „Die Integration in den Arbeitsmarkt ist ein Schlüssel. Allerdings halte ich die Maßnahmen, die keine gesonderte Förderung für Migranten enthalten, für besonders effektiv.“ Positiv überrascht habe ihn



Im Gespräch: Dietrich Thränhardt

das Eingehen der Regierung auf Elternverbände. Thränhardt: „Es ist wichtig, dass man Migranten als Gesprächspartner wahrnimmt, nicht nur als zu betreuende Objekte.“

In den anschließenden Festreden zu Thränhardts 65. Geburtstag würdigten die Redner sein Werk. „Kein anderer Kollege hat sich in Deutschland um die Migrationspolitik so verdient gemacht wie Dietrich Thränhardt“, lobte Sigrid

Baringhorst, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Siegen, ihren ehemaligen Doktorvater. „He has deepened and enriched our understanding of immigration“, so sein amerikanischer Kollege Jim Hollifield. Als Geschenk bekam Thränhardt eine Festschrift überreicht. Titel: „Herausforderung Migration“. Sein Kommentar war kurz: „Ich bin überwältigt.“

## Quo vadis, Politikwissenschaft?

Text: Marc Raschke

Dass in den kommenden Jahren weiter gewaltige Veränderungen auf ihre Fachdisziplin zukommen werden, darüber waren sich die Teilnehmer des Plenums V „Perspektiven der Politikwissenschaft“ einig. In Schlaglichtern wagten sie Prognosen für den Hochschulbetrieb und mahnten, den Entwicklungen aktiv zu begegnen. Mathias Albert von der Universität Bielefeld wies darauf hin, dass angesichts der strafferen Zeitstrukturen durch BA und MA eine solide Grundausbildung der Studenten bereits an den Schulen erfolgen müsse. Hier sei die DVPW gefordert, den Dialog mit den Schulen zu suchen.

Hans Vorländer von der TU Dresden prophezeite einen Kampf der Universitäten um die besten Studenten und Wissenschaftler. Das Standortmarketing, wie es derzeit bereits einige Hochschulen betreiben, wird seiner Ansicht nach weiter zunehmen: „Wir anderen Unis werden da aufholen.“

Mut zu mehr Internationalität mahnte Ursula Hoffmann-Lange von der Universität Bamberg an. Mit Blick auf die eher moderaten Teilnehmerzahlen



Nachdenklich: Hans Vorländer

aus Deutschland an ECPR-Veranstaltungen gebe es noch ein Verbesserungspotential. Gerade der Nachwuchs müsse den Wissensmarkt in Europa als Chance begreifen.

„Wir brauchen nicht nur Leuchttürme, sondern auch Bojen“, sagte Beate Kohler-Koch von der Universität Mannheim und meinte damit vor allem Kollegen, die auch mal abseits von großen Standorten individuell und flexibel forschen müssten. Selbstkritisch ging schließlich Suzanne S. Schüttemeyer mit ihrer Disziplin ins Gericht: „Einige Kollegen glauben immer noch, dass der Bologna-Prozess wie ein Schnupfen vorbei geht.“ Nicht selten würden Seminare im Zuge der BA- und MA-Studiengänge einfach nur einen neuen Na-

men bekommen, ihren bisherigen Zuschnitt aber beibehalten. Zugleich zeigte sich die DVPW-Vorsitzende im Hinblick auf die anstehenden Herausforderungen im Hochschulbereich ratlos: „Wie sollen wir immer mehr Studenten mit immer weniger Lehrkräften immer schneller und besser ausbilden?“

## Unis können sich nicht gegen Reformen wehren

Text: Jana Sinram

Ein heiß diskutiertes Thema hatte der Arbeitskreis Politische Steuerung auf dem Programm: Hochschulpolitik. „Wir können nicht auf alten Strukturen beharren, in denen es acht Jahre dauert, die Rahmenprüfungsordnung zu ändern. Das funktioniert heute einfach nicht mehr“, sagte Detlef Müller-Böling, Leiter des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), der sich fest von der Notwendigkeit umfas-

sender Hochschulreformen überzeugt zeigte. Ziel der CHE, die 1994 von der Bertelsmann Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz gegründet wurde, sei es, die Leistungsfähigkeit und den Wettbewerb an deutschen Hochschulen zu steigern, sagte Müller-Böling. „Um das zu erreichen, bedarf es vor allem Transparenz, die wir mit unserem Hochschulranking versuchen zu schaffen“, erklärte

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

der ehemalige Rektor der Universität Dortmund. Kritik am Ranking wehrte er ab: „Alle Welt will diese Rankings. Ansonsten wird die Großmutter eben vom Fokus bedient und erzählt dem Enkel, wo er studieren soll. Da gewährleiste ich doch lieber die Qualität.“ Auch zum Thema Studiengebühren hatte Müller-Böling eine klare Meinung: „Ich habe das Gefühl, dass viele schon lange Studiengebühren einführen wollten. Es hat sich nur keiner getraut.“ Sein Kollege Uwe Schimank betrachtete das New Public Management an den Hochschulen und die Folgen für die Forschung. „New Public Management ist insgesamt ein zweischneidiges Schwert“,

resümierte der Hagener Professor. Hochschullehrer würden zu professionellen Antragstellern. Insgesamt würde es in Zukunft deutlich länger dauern, an Gelder für Forschungsprojekte zu kommen. Ein positiver Effekt sei, dass schlechte Forschung vom Markt verdrängt würde. Forschung und Lehre würden zunehmend entkoppelt – ein Effekt, den Schimank durchaus positiv bewertete. Insgesamt könnten sich die deutschen Hochschulen langfristig nicht gegen die Veränderung wehren. „Wir sollten uns in Deutschland davor hüten, zu glauben, dass wir auch diese Reform aussitzen können“, warnte Schimank.

## Umweltbelange stärker in den Fokus rücken

Text: Michael Berkemeier

Mit den Innovationen in der Internationalen und Europäischen Umweltpolitik sowie mit den Chancen und Grenzen der Umweltpolitikintegration im Mehrebenensystem beschäftigte sich der Arbeitskreis „Umweltpolitik/ Global Change“.

Moderiert wurde die Veranstaltung im Wechsel von Peter H. Feindt von der Universität Hamburg und Klaus Jacob von der Freien Universität Berlin, die beide selbst auch einen Vortrag beisteuerten. Feindt referierte über die Deutungs-, Verteilungs-, Bewertungs- und Nutzungskonflikte der Agrarwende, während Jacob die Anwesenden über den Stand und die Perspektiven der Forschung zu Umweltpolitikintegration informierte.

Feindt stellte das Programm des Hamburger „Research Center on Biotechnology, Society and the Environment“ vor, dessen Leiter er ist. Dieses Projekt beschäftigte sich mit der Analyse der Agrarwende, die im Jahre 2002 als Reaktion auf die BSE-Krise der Vorjahre ausgerufen wurde. „Dabei versteht sich das Projekt als interdisziplinäre, auf Politik- und Gesellschaftsberatung ausgerichtete Begleitforschung“, erklärte Feindt.

Des Weiteren waren Per Olof Busch, ebenfalls von der Freien Universität Berlin, und Philipp Pattberg von der Vrije Universiteit Amsterdam geladen. Während Busch seinen Vortrag mit „Managers of Global Change: Der Einfluss internationaler Bürokratien auf die internationale Umweltpolitik“ überschrieb, widmete sich Pattberg dem Einfluss globaler Unternehmensregulierung.

„Governance oder Greenwashing?“, fragte er bewusst provokant. Er räumte jedoch ein, dass es auf Grund der weltumfassenden Bedeutung dieses Problems keine eindeutige und abschließende Antwort geben könne.

Jacob verwies darauf, dass Umweltpolitik immer als Querschnittspolitik verstanden werden müsse, so dass in der Vergangenheit zunächst bewusst kein Umweltministerium gegründet wurde, da in nahezu allen Ressorts auch umweltpolitische Belange Berücksichtigung finden müssten. Aus diesem Grund würde man in anderen europäischen Ländern auch dazu übergehen, Ressorts – wie etwa Umwelt und Energie – wieder vermehrt zusammenzulegen, um Umweltbelange stärker zu berücksichtigen und in den Fokus zu rücken.

Busch kam zu der Einschätzung, dass die Internationalen Bürokratien die internationale Zusammenarbeit von Akteuren fördern und sowohl die Ergebnisse von Verhandlungen als auch die Umsetzung von Strategien beeinflussen. „Der Einfluss reicht über die Mandate hinaus, gelegentlich auch über die Interessen der Mitgliederstaaten“, so der Berliner Wissenschaftler.

Er gibt jedoch zu bedenken, dass der Einfluss der internationalen Bürokratie weniger wird, je komplexer und kostenintensiver das zu bearbeitende Problem von den Mitgliedsstaaten wahrgenommen werde. „Besonders deutlich zeigte sich dies in der Vergangenheit bei der Klimapolitik“, so Busch.

## Lieber gute Skandale als schlechte Auflagen

Text: Simone Elpers

In seinem Vortrag im AK „Politik und Kommunikation“ schrieb Michael Phillip Printmedien das Potential zu, Politiker niederzuschreiben und Karrieren zu zerstören. 150 Rücktritte von Politikern aus Landes- und Bundesregierung hatte der Historiker untersucht und war dabei zu einem negativen Urteil über die Rolle der Printmedien gekommen. „Schwer ist allerdings zu bestimmen, ob die Printmedien bestimmte Politiker wegen der eigenen politischen Ausrichtung, also aus Eigendynamik, niederschreiben“, so Phillip, „oder, ob Intrigen der eigenen Parteikollegen dahinter stecken.“ In einigen Fällen sei die Initiative von Parteikollegen nachzuweisen, in anderen Fällen aber hätten die Medien Verfehlungen der Politiker aufgegriffen, die schon vor Jahren thematisiert und eigentlich bereits abgehandelt worden seien. Als Beispiel nannte er die Beteiligung Gustav Justs als Wehrmachtssoldat, weshalb er bereits 1957 vor Gericht gestanden hatte. „1992“, erinnerte Phillip, „titelten zwei Journalisten der Bild „SPD-Politiker erschießt Juden“ und erklärten ihn schon während des Pressegesprächs für politisch tot, völlig unabhängig davon, wie sie diese Nachricht verarbeiten würden.“ Die Typen der Berichterstattung, die den Rücktritt eines Politikers nahezu unausweichlich machten oder „ins Rollen bringen“, unterteilte der Historiker in die Kategorien Demontage, Orakel, kalkuliertes Hochspielen eines bekannten Sachverhaltes, Dramatisierung und Enthüllung. „Diese Art der Medienberichterstattung“, so Phillip, „wirkt sich durch die rein physische Anwesenheit von Journalisten, die den Politiker belagern, und durch den so erzeugten Druck maßgeblich auf die Rücktrittsentscheidung eines Politikers aus.“ Und weiter: „Es bedarf dann keiner guten Argumente mehr, sondern nur starker Nerven, diesem Druck standzuhalten.“ Aufgrund dessen hält er diese Berichterstattung für wenig legitim.

Ein positiveres Bild der Medien zeichnete Jens Wolling in seinem Referat über „Onlinenutzung

„Die Erben der Scherben - oder: Wer singt für Deutschland?“

und Einstellungen zur Politik. Ergebnisse einer repräsentativen Panelstudie“. Er konstatierte auf Basis der von einem Team von vier Professoren durchgeföhrten vierwelligen Panelstudie (2002-2005) einen positiven, aber unterschiedliche starken Einfluss der Internetnutzung der Deutschen auf die Indikatoren Demokratiezufriedenheit und Einflussüberzeugung. Durchgeföhr wurde die Studie als standardisierte Befragung im Rahmen eines Telefoninterviews von 1500 Deutschen ab 16 Jahren pro Panelwelle. Mit seinen Ergebnissen widersprach Wolling der verbreiteten, weitgehend skeptischen Einstellung der Forschungstradition im Bezug der Wirkung von Onlinenutzung auf die politische Einstellung.

Über die Rolle der Popmusik für die Politik referierte Jörg-Uwe Nieland in seinem Vortrag „Die Erben der Scherben – oder: Wer singt für Deutschland?“. Der Popmusik, so Nieland, komme entweder eine Unterstützerrolle zu, etwa in der musikalischen Wahlkampfgestaltung, oder eine oppositionelle Rolle, nämlich im Sinne einer Anführerrolle für soziale Bewegungen. Aktuell erlebe die „politische Popmusik“ eine Art „neue deutsche Welle“ durch Bands wie „Juli“, „Silbermond“ oder „Wir sind Helden“. Er zitierte Claudia Roth, die festgestellt hat, dass diesen Bands die „Basis einer gegen die Regierung gerichtete Teenieüberzeugung fehlt“, so Nieland.

Zu einem positiven, wenn auch überraschenden Ergebnis seiner Studie kam Jens Tenscher, der den Medieneinfluss auf die Politische Einstellung Jugendlicher aus Rheinland Pfalz untersuchte. Er sprach entgegen der verbreiteten Meinung der „Video-Malaise“ von dem „positivem Potential der Massenmedien“ und resümierte, dass „erstaunlicherweise Nutzer von Unterhaltungsprogrammen der Regierung am meisten vertrauen“. Der eigenen Medienkompetenz und den interpersonalen politischen Kommunikationsräumen der Jugendlichen komme dabei eine Schlüsselrolle zu.

## Ehrenamtler nicht als Lückenbürger missbrauchen Text: Till Kaesbach

Bürgerschaftliches Engagement – betrachtet aus nordischer Perspektive. Peter Hilger von der Universität Helsinki stellte in der Sektion „Soziale Bewegungen“ mit seinem Vortrag „Aktivierung als Wohlfahrts- und Beteiligungspolitik“ einen spannenden Vergleich zwischen Finnland und der Deutschland an. Wie und unter welchen Bedingungen finden freiwillige Aktivitäten der Zivilgesellschaft statt?

Gleich zu Beginn wies der Politikwissenschaftler auf die definitorische Breite des Begriffes hin: „Hier können vielerlei Bereiche

vom Sport über die Kultur bis hin zu klassischen karitativen Projekten subsumiert werden.“ Auf den ersten Blick sei aber überraschend, dass es viele offensichtliche Gemeinsamkeiten zwischen den beiden OECD-Ländern gebe. So ließen sich in beiden Staaten eine ausgeprägte Individualisierung der Gesellschaft, hohes Bildungsniveau, etatistische und legalistische Staatsposition, hohe kommunale Selbstverwaltung und die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit im Niedriglohnsektor erkennen. Trotzdem funktioniere die Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements in beiden Staaten anders. Deutsche legten mehr Wert auf öffentliche Anerkennung in Form von Auszeichnungen und räumten für Engagierte Steuer- und Versicherungsvergünstigungen ein. Ziel sei vor allem die Motivation zur Mitarbeit bei institutionalisierten

„80 Prozent der Finnen finden, dass ihr Wohlfahrtsstaat der Beste sei“

Akteuren, wie den traditionellen Verbänden der Wohlfahrtspflege. Finnen hingegen versuchten, durch gesellschaftspolitische Erziehung und internetbasierte Kanäle formale demokratische Beteiligungsstrukturen zu verbessern. Dabei haben sie laut Hilger gesunden Optimismus: „80 Prozent der Bürger sind davon überzeugt, dass ihr Wohlfahrtsstaat der beste ist, den es gibt.“ Aber: In Finnland gebe es eine eindeutige Ausrichtung auf die Optimierung des Wahlverhaltens, also ein gezieltes Interesse, das dem breiten Anspruch von bürgerschaftlichen Engagement nicht gerecht werde.

Doch im hellen Licht der ehrenamtlichen Hilfe gebe es auch Schatten. Der Wahl-Finne warnt davor, dass die Zivilgesellschaft von Politikern und Beratern als „Lückenbürger“ für die seit Jahren bekannte Unterversorgung im Wohlfahrtsstaat missbraucht werden könne. Gerade der Ausdruck „Aktivierung“ sei nach 1998 von der rot-grünen Regierung derart überstrapaziert worden, dass man in der Retrospektive nur von „populistischem Gefasel“ sprechen könne. Da scheinen die Finnen besonnener zu agieren, vor allem im Vergleich der öffentlichen Unmutsäußerungen gegen den Wohlfahrtsstaat in beiden Ländern. Hilger: „Als kürzlich auf einer Demonstration Kritiker Flaschen auf die Behörden warfen, wurde das als Paradigmenwechsel der Protestkultur betrachtet...“

## Kein einheitliches Verständnis

Text: Michael Berkemeier

„Aufgrund unterschiedlicher Konzeptionen konnte es bisher nicht gelingen, ein einheitliches Verständnis von Europäisierung zu erreichen.“ Diese Kritik äußerte René Lüdecke von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg anlässlich der Nachwuchstagung des Arbeitskreises „Integrationsforschung“ zum Thema „Innere und Äußere Sicherheit in Europa“. Während man sich am Donnerstag mit der „Froschperspektive“ beschäf-

tigte, setzte man sich am Freitag mit der „Vogelperspektive“ auseinander. Der Fokus lag auf der nationalen Ebene und der Frage, inwieweit sich Entscheidungen der EU auf die Außenpolitik der Nationalstaaten auswirken. Neben Lüdecke gehörten Marius Osswald vom College of Europe in Warschau, Christiane Kasack von der International University in Bremen sowie Wolfgang Wagner von der Hessischen Stiftung für Friedens- und

Fortsetzung auf Seite 6

Konfliktforschung zu den Vortragenden.

Seit über zehn Jahren versucht die Europäisierungsforschung die Auswirkungen der Mitgliedschaft in der EU auf die politischen Strukturen, Prozesse und Inhalte seiner Mitgliedsstaaten zu erklären.

Osswald untersuchte die Auswirkungen der europäischen außenpolitischen Zusammenarbeit auf die nationale Außenpolitik am Beispiel der beiden (post)-neutralen Staaten Österreich und Irland. Er kam dabei zu der Schlussfolgerung, dass kleine Staaten überproportional von der verstärkten außenpolitischen Kooperation profitieren, beispielsweise durch den erweiterten Zugang zu Informationen und Ressourcen. „Außenpolitische Akteure kleiner Staaten haben demnach hohe Anreize, den Prozess der europäischen Integration verstärkt voranzutreiben“, so Osswald, „auch wenn dies eine entscheidende Rolle bei der Abschwächung der Neutralität in beiden Ländern gespielt hat.“

Kasack beschäftigte sich mit der zunehmenden Europäisierung der Inneren Sicherheit und fragte, ob sich daraus eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat ergebe. Sie verwies auf die Befürchtun-

„Eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat?“

gen, dass die zunehmenden internationalen „Verregelungen“ im Bereich Justiz und Inneres die demokratische Legitimation von Entscheidungen und rechtsstaatlichen Standards Schaden nehmen könnten. Sie gab jedoch zu bedenken: „Es wird kaum untersucht, ob die Europäisierung tatsächlich die Standards des demokratischen Rechtsstaats aushöhlt.“

Wagner, der sich in seinem Vortrag dem Politikfeld der Inneren Sicherheit verschrieb, stellte zunächst fest, dass sich der Bereich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem der dynamischsten Felder der europäischen Integration entwickelt habe. Die wachsende grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Staaten führten viele Experten als eine Reaktion auf den Denationalisierungsschub im Bereich von Organisierter Kriminalität und Terrorismus zurück. „Gleichzeitig macht jedoch die Zugehörigkeit des Politikfeldes Innere Sicherheit zum Kern von Staatlichkeit und Souveränität eine weitreichende Übertragung von Kompetenzen an europäische Institutionen unwahrscheinlich“, so Wagner.

## Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben

Die Sitzung des AK „Verbände“, die für Freitagmorgen geplant war, ist wegen mangelnder Beteiligung vertagt worden. Vielleicht, so schmunzelten die Redner und AK-Sprecher, sei die gestrige Kongressparty daran nicht ganz unschuldig. Trotzdem sollen die geplanten Vorträge nicht gänzlich ausfallen. „Wir haben vor“, so AK-Sprecherin Britta Rehder, „die Vorträge in die nächste Tagung des AK einzubinden.“

Geplant waren Vorträge von Christoph Strünck zu dem Thema „Stärkt der Staat allgemeine Interessen? Entwicklungstrends in der Verbraucherpolitik und ihre Konsequenzen für die Verbände“ und Nils Bandelow zu „Pluralisierung und Stärkung des Staates? Langfristige und situative Veränderungen gesundheitspolitischer Interessenvermittlung“. Auch die Sprecherwahl werde bei der nächsten Sitzung nachgeholt.

## Von wegen Dino!

Entgegen vereinzelter Vermutungen, der Dinosaurier auf dem Titel des Programms würde für unser Fach stehen, haben sich die Diskussionen der letzten Tage als lebendig und zukunftsorientiert erwiesen. Nochmals gratulieren möchte ich an dieser Stelle Suzanne S. Schüttemeyer zu ihrer Wahl als Vorsitzenden der DVPW und wünsche ihr und dem gesamten Vorstand und Beirat für die bevorstehende Arbeit viel Erfolg und die nötige Geduld.

Bereits 2010 werden wir in Münster den ECPR-Kongress begrüßen dürfen. Dazu lade ich Sie schon jetzt recht herzlich ein.

Sollte es ihre Wochenendplanung nicht mehr erlauben, das schöne Münster noch ein wenig zu genießen, wünsche ich Ihnen eine gute Heimreise und verbleibe mit kollegialem Gruß,

Ihr

Klaus Schubert



## Notizblock

Publizieren, suchen, sammeln und finden unter [www.ViFaPol.de](http://www.ViFaPol.de)

Das Internet ist für die meisten Politikwissenschaftler eine „unverzichtbare Plage“. Internetseiten gebe es zwar wie Sand am Meer, eine richtig gute Seite zu finden, bleibt aber ofte ein Glücksfall. Dieses Dilemma ist der Ansatzpunkt für ViFaPol, der Virtuellen Fachbibliothek für Politikwissenschaft. Unter [www.ViFaPol.de](http://www.ViFaPol.de) werden eine themenspezifisch sortierte Link- und Zeitschriftensammlung, Statistiken,

Datenbanken sowie institutionelle Quellen angeboten. Der interaktiven Idee von ViFaPol getreu ist es möglich, eigene wissenschaftliche Arbeiten oder Dossiers als E-Documents auf der Website zu veröffentlichen oder eine bereits existierende Linkssammlung an ViFaPol weiterzuleiten. Für einen Schutz der Arbeiten ist selbstverständlich gesorgt.

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des  
Vorstandes und Beirates der DVPW



Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft  
c/o Universität Osnabrück  
FB 1 – Sozialwissenschaften  
49069 Osnabrück

V.i.S.d.P: Marc Raschke, Pressereferent für den  
DVPW-Kongress

Tel. 0251-83-30576 / Fax 0251-83-30575  
[marcraschke@gmx.de](mailto:marcraschke@gmx.de)

Redaktion: Marc Raschke, Jana Sinram, Till  
Kaesbach, Simone Elpers, Michael Berkemeier  
Satz und Gestaltung: Lisa Schmees  
Onlinepublikation